

Vom zentralen „Stasi-Knast“ zum bedeutendsten Erinnerungsort der zweiten deutschen Diktatur.

Zur Entstehungsgeschichte der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen 1989 bis 2000. Eine Chronik.

Peter Erler

Unter den euphorisch klingenden Slogans „Glasnost“ und „Perestroika“ nahm die Kommunistische Partei der Sowjetunion in der Gorbatschow-Ära einen zweiten großen Anlauf zur Aufarbeitung ihrer eigenen, verdrängten Geschichte. Historiker der KPdSU berichteten in den Medien ungeschminkt über die verbrecherischen Untaten des Stalinismus, und die Zentrale Parteikontrollkommission betrieb die Rehabilitierung bisher verfehmter Politiker und anderer Persönlichkeiten.

Angesichts dieser Geschehnisse wandte sich der „Kurt-Schumacher-Kreis e. V.“, eine Organisation ehemaliger SPD-Mitglieder und politischer Häftlinge aus der DDR, Anfang August 1988 hoffnungsvoll an den Generalsekretär des ZK der SED und regte in Berlin-Hohenschönhausen die Errichtung „ein[es] Mahnmal[s] für die deutschen Opfer des Stalinismus“ an. Da am eigentlichen Repressionsort das MfS immer noch sein Untersuchungsgefängnis betrieb, schlugen die westdeutschen Vereinsvertreter für das Memorial ein „Gelände südlich des Güterbahnhofs Hohenschönhausen“ vor.¹

Wie bekannt sein dürfte, war der Perestroika-Gegner Erich Honecker der falsche Ansprechpartner für das berechtigte Anliegen des Kurt-Schumacher-Kreises. Erst mit dem Abtreten des SED-Regimes 1989/90 und der sich abzeichnenden Wiedervereinigung entstanden die gesellschaftlichen Realitäten, die es ermöglichten, das vor Monaten angedachte Vorhaben wieder aufzugreifen und in den öffentlichen Diskurs einzubringen.

Aber auch unter diesen vergleichsweise günstigen politischen Rahmenbedingungen dauerte es noch viele weitere Jahre, bis es in Berlin-Hohenschönhausen zur Eröffnung einer Gedenkstätte und schließlich im Jahre 2000 zur Gründung einer vom Land Berlin und vom Bund kofinanzierten Stiftung kam.

Die folgende Chronik soll die hindernisreichen Etappen dieses nicht immer geradlinig verlaufenen Weges aufzeigen sowie an die verschiedenen Personen erinnern, die an der Entstehung der Gedenkstätte beteiligt waren und die damaligen Geschehnisse forciert oder mitunter auch gehemmt haben.

Als Quellengrundlage für diese Ausarbeitung dienten vor allem das Archiv der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, zeitgenössische Presseerzeugnisse, Aufzeichnungen und Erinnerungen ehemaliger Beteiligter am Diskussions- und Gestaltungsprozess sowie einzelne Buchpublikationen².

1 FAZ vom 6. August 1988. Siehe auch: Rudnick, Carola: Die andere Hälfte der Erinnerung. Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989. Bielefeld 2011, S. 227.

2 Hinrichsen, Carola Sabine: Geschichts- und Erinnerungspolitik mit der Vergangenheit der DDR. Die Geschichts- und Erinnerungspolitik des Bundes und das Beispiel der Berliner Gedenkstätten in den 1990ern. Magisterarbeit an der Leuphana Universität Lüneburg 2004; König, Frank: Die Gestaltung der Vergangenheit. Zeithistorische Orte und Geschichtspolitik im vereinten Deutschland. Marburg 2007; Rudnick, Carola: Hälfte.

Chronik

1989

Von Januar bis Oktober werden in das zentrale Untersuchungsgefängnis des MfS in Berlin-Hohenschönhausen 444 Personen eingeliefert. Weit über die Hälfte der Inhaftierten sind „Republikflüchtlinge“. 257 von ihnen wurden von Mitarbeitern der DDR-Staatssicherheit aus der Tschechoslowakei (197), Ungarn (59) und Bulgarien (1) rücküberführt.

27. Oktober 1989

Der Staatsrat der DDR beschließt eine Amnestie für Personen, die im Zusammenhang mit Fluchtversuchen, Ausreisebegehren und sogenannten politischen Demonstrativhandlungen verurteilt worden waren oder sich in Untersuchungshaft befinden. Nach diesem Straferlass, dessen Umsetzung bis Ende November 1989 abgeschlossen werden sollte, sind die Vernehmungsoffiziere der Hauptabteilung IX des MfS in Berlin-Hohenschönhausen schwerpunktmäßig mit der Überprüfung der entsprechenden Sachverhalte bei den im Gefängnis inhaftierten Frauen und Männer beschäftigt.

28. Oktober 1989

Der Schauspieler Ulrich Mühe liest im überfüllten Deutschen Theater in Berlin aus dem Buchmanuskript von Walter Janka *Schwierigkeiten mit der Wahrheit*. Durch die Sendung der Veranstaltung im Radio (am 5. November 1989) und im Fernsehen erfährt die Mehrheit der DDR-Bevölkerung zum ersten Mal von der Existenz des Untersuchungsgefängnisses in Berlin-Hohenschönhausen und über die unmenschlichen Haftbedingungen im ehemaligen „U-Boot“.

1. November 1989

In einem „Aufruf zur Vergangenheitsbewältigung, zur Rehabilitierung der Opfer stalinistischer Verfolgungsmaßnahmen und zur historischen Wahrheit in der DDR“, der an den Generalsekretär des ZK der SED Egon Krenz adressiert ist, regt der Kurt-Schumacher-Kreis e. V. an, nun „auf dem Gelände des zentralen NKWD-Untersuchungsgefängnisses [in Berlin-Hohenschönhausen] ein Denkmal für die Opfer des Stalinismus zu errichten.“ Ein ähnlich lautendes Schreiben richtet der Verein am 3. Dezember an die Regierung der DDR. Gleichzeitig bittet er die Regierung in der Bundesrepublik, sein Vorhaben zu unterstützen.

17. November 1989

Die Volkskammer der DDR beschließt, an Stelle des MfS ein personell reduziertes und reformiertes Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) zu bilden. Das Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen gehört weiterhin zu dessen Organisationsstruktur.

25. November 1989

Der Leiter des Untersuchungshaftvollzugs beim nunmehrigen AfNS Siegfried Rataizick legt einen „Vorschlag zur Neustrukturierung der Linie XIV“ vor. Im Gegensatz zu der Gewahrsamseinrichtung in der Magdalenenstraße in Berlin-Lichtenberg und einigen anderen regionalen Hafthäusern spricht er sich für den Verbleib des zentralen Gefängnisses in Berlin-Hohenschönhausens im neuen Amt aus.

1. Dezember 1989

Der Runde Tisch des Stadtbezirks Hohenschönhausen votiert auf Antrag des Neuen Forums dafür, den „Keller in Hohenschönhausen des MfS, in dem aufrechte Menschen gefügig gemacht wurden, als Mahn- und Gedenkstätte einzurichten“.

2. Dezember 1989

Hans Albrecht, Erster Sekretär der Bezirksleitung Suhl der SED, wird in Hohenschönhausen eingeliefert. Er ist der erste aus einer Gruppe von „Regierungskriminellen“ aus dem Partei- und Staatsapparat der DDR, die wegen Vertrauensmissbrauch und Untreue verhaftet werden. Ihm folgen unter anderem Werner Krolkowski, Günter Mittag, Willi Stoph und Harry Tisch.

13. Dezember 1989

Letzte Einlieferung in das zentrale Untersuchungsgefängnis des AfNS in Berlin-Hohenschönhausen aus Potsdam. Gegen die betreffende Person, die am 22. Dezember wieder zur Entlassung kommt, wurde wegen Militärstraftaten ermittelt.

14. Dezember 1989

Die Regierung der DDR beschließt die Auflösung des AfNS (Beschluss 6/18a/90). Gleichzeitig fällt die Entscheidung, den Bereich Untersuchung von Straftaten (Hauptabteilung IX) und den Untersuchungshaftvollzug (Abteilung XIV) mit Personal und Infrastruktur an das Ministerium des Innern (MdI) zu übergeben.

16. Dezember 1989

Auf ihrem Außerordentlichen Parteitag befürwortet die SED/PDS die vom Kurt-Schumacher-Kreis e. V. vorgeschlagene Errichtung eines Mahnmals für die Opfer stalinistischer Verbrechen.

17. Dezember 1989

Nach mehrstündiger Verhandlung mit der Leitung der Untersuchungshaftanstalt erhält Ulrike Poppe als Delegierte des Zentralen Runden Tisches von der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ zusammen mit dem ehemaligen Stasi-Häftling Jürgen Berger Zugang zur Untersuchungshaftanstalt in der Genslerstraße. Nach anderthalbstündigem Besuch des Gefängnisses geben Poppe und Berger einem Kamerteam der ARD ein Interview.

Januar 1990

Die Arbeitsgruppe „Opfer des Stalinismus“ am Ost-Berliner Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung beginnt im Auftrag der PDS-Führung mit Recherche- und anderen Vorarbeiten für die Prüfung des Anliegens zur Errichtung einer Gedenkstätte für die Opfer von Verhaftungen und Verfolgungen nach 1945 auf dem Gebiet der SBZ/DDR.

5. Januar 1990

Formale Eingliederung des Untersuchungsgefängnisses des AfNS in Berlin-Hohenschönhausen mit den verbliebenen Mitarbeitern in die Verwaltung Strafvollzug des Ministerium des Innern (MdI).

9. Januar 1990

Letzte Entlassung eines Untersuchungsgefangenen unter Verantwortung des AfNS aus dem Gefängnis in Berlin-Hohenschönhausen.

12. Januar 1990

Auf Initiative von Richard Gramse, Pfarrer der Friedenskirche in Berlin-Niederschönhausen, plädiert die Evangelische Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg auf ihrer Sitzung für eine Gedenkstätte bestehend aus einem Mahnmal und einem Dokumentationszentrum für alle in Berlin-Hohenschönhausen von der sowjetischen Geheimpolizei und vom MfS Inhaftierten.

14. Januar 1990

Der langjährige Leiter des Abteilung Untersuchungshaft des MfS/AfNS Oberst Siegfried Rataizick gibt seinen Posten ab und geht in Rente.

15. Januar 1990

Übergabe des Gefängnisses in Berlin-Hohenschönhausen mit einer Personalstärke von 50 Mitarbeitern an das MdI. Es ist mit Angehörigen eines Strafgefangenenarbeitskommandos und 15 Untersuchungshäftlingen belegt. Von nun ab fungiert das Gefängnis als eine Filiale der Vollzugseinrichtung Rummelsburg. Zum neuen Leiter wird der Major der Volkspolizei (VP) Michael Gebhard ernannt.

25. Januar 1990

Vertreter der zeitweiligen Kommission zur Untersuchung ehemaliger MfS-Objekte im Stadtbezirk Hohenschönhausen unter Leitung des Pfarrer Martin Hofmeister erhalten Zutritt zur Haftanstalt.

Januar–März 1990

In der nunmehrigen Haftanstalt des MdI werden verschiedene bauliche Veränderungen vorgenommen. Unter anderem werden die Freiganghöfe vergrößert, deren Anzahl auf drei reduziert und die bisherige Maschendrahtabdeckung abgenommen. Gleichfalls werden aus einigen Gemeinschaftszellen die Glasbetonbausteine entfernt und mit normalen Fenstern ausgestattet sowie im Vernehmertrakt sogenannte Sprecherräume eingerichtet. Zudem setzt nach der Auflösung des Sperrgebiets ein zehnköpfiges Kommando „Kurzstrafler“ aus Rummelsburg vor der Gefängnismauer in der Genslerstraße und Lichtenauer Straße einen Außenzaun.

2. Februar 1990

Aus den VP-Haftanstalten Rummelsburg und Keibelstraße werden acht weitere „Regierungskriminelle“, unter anderem Erich Mielke, Gerald Götting, Joachim Herrmann, Wolfgang Junker, Heinz Keßler und Günther Kleiber, nach Hohenschönhausen verlegt. Sechs von ihnen kommen in das Haftkrankenhaus.

16. März 1990

Treffen von Vertretern der West-Berliner Senatsverwaltung für Justiz unter Leitung von Abteilungsleiter Christoph Flügge mit dem Leiter der Abteilung Strafvollzug des MdI, Generalmajor Wilfried Lustik, im Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen. Hinsichtlich der Hafteinrichtung erwähnt letzterer, dass es dort „ca. 150 Haftplätze“ gibt und eine Erweiterung auf 230 angestrebt wird.

Am gleichen Tag entstehen die am 16. Mai 1991 im *Stern* veröffentlichten Fotos von Erich Mielke und Harry Tisch.

18. März 1990

Im Gefängnis beteiligen sich die Untersuchungsgefangenen und Angehörigen des Strafgefangenen Arbeitskommandos an den ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR.

24. April 1990

Der Kurt-Schumacher-Kreis e. V. unter Vorsitz des ehemaligen politischen Häftlings Hermann Kreutzer richtet an die neu konstituierte Volkskammer der DDR sowie an den Ministerpräsidenten Lothar de Maizière und den Innenminister Peter-Michael Diestel einen weiteren öffentlichen Aufruf zur Errichtung einer zentralen Gedenkstätte für alle deutschen Opfer des Stalinismus. Das damalige Konzept sah vor, bei laufendem Betrieb der Haftanstalt auf einem kleinen Teil des Hofes an der Ecke Genslerstraße/Lichtenauer Straße einen Gedenkstättenbereich mit separaten Eingang zu schaffen. Die alsbaldige Realisierung befürworteten unter anderem der Vizepräsident der Volkskammer der DDR, Dr. Reinhard Höppner, die Präsidentin des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Rita Süßmuth, der Kulturminister der DDR, Herbert Schirmer, und der Landesbischof der evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg, Dr. Gottfried Forck.

In der Folgezeit finden zusammen mit dem Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung in Ost-Berlin, dem Kurt-Schumacher-Kreis und Vertretern des Innenministeriums der DDR im Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen Gespräche über das Projekt statt.

Mai 1990

Mit Auszügen aus dem 1968 entstandenen Manuskript „Hohenschönhausen, Zelle 51“ von Anna Schlotterbeck veröffentlicht die vom Schriftstellerverband der DDR herausgegebene Monatszeitschrift *Neue Deutsche Literatur* einen ausführlichen Erinnerungsbericht über die Haft im „U-Boot“. Die gesamten Aufzeichnungen erscheinen noch im gleichen Jahr unter dem Titel *Fallen, aber nicht zerbrechen* in einem Hamburger Verlag.

30. Mai 1990

Die Volkskammerabgeordnete Vera Wollenberger von der Grünen Partei besichtigt zusammen mit ihrem Ehemann Knud, dem zu diesem Zeitpunkt noch nicht enttarnten IM „Donald“, das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen, in dem sie Januar/Februar 1988 inhaftiert war.

16. Juni 1990

Abteilungsleiter Christian Flüge besucht erneut das Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen. Der Leiter der Einrichtung Major Gebhard gibt die Sollstärke des Anstaltspersonals mit 135 an. Davon sind 99 Stellen dem operativen Dienst zuzurechnen und 36 der Verwaltung.

17. September 1990

Erben des Fleischmaschinenfabrikanten Richard Heike aus Deutschland, Italien und den USA stellen bei der Magistratsverwaltung für Finanzen einen Rückführungsantrag, der auch einen großen Teil des Geländes des Gefängnisses in Berlin-Hohenschönhausen betrifft.

21. September 1990

Drei Gefangenen gelingt die Flucht aus dem Untersuchungsgefängnis des MdI

25. September 1990

Die West-Berliner Senatsverwaltung für Justiz bittet den Leiter der Abteilung Strafvollzug im MdI der DDR, im Zusammenhang mit der bevorstehenden „Übernahme der Verantwortung für die Vollzugsanstalten im Ostteil des Landes Berlin durch unser Haus“ um Kontaktaufnahme „mit den jeweils zuständigen Justizvollzugsanstalten“. Für die ehemaligen Untersuchungshaftanstalten des MfS in den Stadtbezirken Pankow, Lichtenberg und Hohenschönhausen ist die JVA Moabit zuständig.

1. Oktober 1990

Auf Grundlage einer internen Entscheidung übernimmt die West-Berliner Senatsverwaltung für Justiz um 13 Uhr alle Ost-Berliner Haftanstalten. Offiziell findet dieses Ereignis erst am 3. Oktober 1990 um 0 Uhr statt.

4. Oktober 1990

Überführung von 26 Straf- und Untersuchungsgefangenen aus dem Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen, unter ihnen Erich Mielke und Harry Tisch, in Justizvollzugsanstalten in West-Berlin (acht in die JVA Plötzensee und 18 in die JVA Moabit).

25. Oktober 1990

Auf Einladung des Bundesministeriums des Innern, Außenstelle Berlin, Sachgebiet Strafvollzug, findet in der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen eine Beratung mit allen Justizressortleitern der neuen Bundesländer zur Übergabe des Strafvollzuges aus dem Innenressort in das Justizressort statt.

6. November 1990

Die Landesbildstelle Berlin fertigt eine umfangreiche Fotodokumentation des Gefängnisterritoriums und der darauf stehenden Gebäude an.

30. November 1990

Einstellung des Haftbetriebs. Die Anstalt in Berlin-Hohenschönhausen dient nur noch als Aufbewahrungsort für die Zentralkartei des DDR-Strafvollzugs mit rund 700 000 Karteikarten. Die Senatsverwaltung für Justiz beabsichtigt, den Komplex nach entsprechender Sanierung ab Mitte 1992 für den offenen und leichten Vollzug zu nutzen.

14. Februar 1991

Beratung mit Vertretern des Bundesministeriums des Innern, der Landesjustizverwaltungen der fünf neuen Länder und der Senatsverwaltung für Justiz des Landes Berlin im ehemaligen Haftort Berlin-Hohenschönhausen. Diskutiert wird unter anderem die Nutzung der Zentralkartei des DDR-Strafvollzugs für den Nachweis von Gewahrsamszeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Häftlingshilfegesetzes.

20. Februar 1991

Nach aktuellem Planungsstand der Senatsverwaltung für Justiz werden für den Umbau des Gefängnisses Berlin-Hohenschönhausen in eine Nebenanstalt des offenen Strafvollzugs für ca. 200 Plätze 3,2 Millionen DM veranschlagt. Die Tätigkeiten für den 1. Bauabschnitt mit 156 Plätzen sollen noch 1991 beginnen. Für eine Gedenkstätte ist lediglich ein kleiner, von der zukünftigen Anstalt abgetrennter Teil des ehemaligen Stasi-Gefängnisses vorgesehen.

14. März 1991

Die ostdeutsche Justizministerkonferenz in Dresden beschließt unter der Federführung der zuständigen Berliner Senatsverwaltung, im ehemaligen zentralen MfS-Gefängnis eine Zentrale Informationsstelle mit Gefangenenkarteien und -akten der DDR einzurichten. Neben der Zentralkartei des Strafvollzugs sollen unter anderem auch die 16 500 Akten der freigekauften Häftlinge, welche zu diesem Zeitpunkt im Zuchthaus Rummelsburg lagern, für den Nachweis von Gewahrsamszeiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Häftlingshilfegesetzes genutzt werden.

10. Mai 1991

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Gruppe Neues Forum/Bürgerbewegung im Berliner Abgeordnetenhaus fordern, fünf Ost-Berliner Gefängnisse für immer zu schließen. Sie schlagen vor, die ehemalige „Stasi-Terrorzentrale“ in Hohenschönhausen für ein „Museum/Gedenkstätte“ und ein „Stasi-Strafvollzugsarchiv“ zu nutzen.

13. Mai 1991

Auf Einladung von Prof. Dr. Jutta Limbach, Senatorin für Justiz, findet in der geschlossenen Haftanstalt ein Besichtigungstermin für Vertreter der Presse statt. Die Senatorin für Justiz berichtet über die weitreichenden Nutzungspläne – Mahnmahl mit Dokumentationszentrum und offener Strafvollzug – für das ehemalige Stasi-Gefängnis. Kurz darauf meldet die Heike-Erbengemeinschaft in den Medien erneut ihre zweifelhaften Rechtsansprüche an.



26. Mai 1991

In einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, wendet sich der Schriftsteller Jürgen Fuchs, ehemaliger politischer Häftling in Berlin-Hohenschönhausen, gegen eine weitere Nutzung des Gefängnisses.

12. Juni 1991

Auf Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen/Unabhängiger Frauenverband empfiehlt die Bezirksverordnetenversammlung Hohenschönhausen, die Untersuchungshaftanstalt zu schließen und dort eine Gedenkstätte zu errichten.

7. Juli 1991

Die Justizverwaltung des Senats vermeldet gegenüber der Presse, dass sie den „Stasi-Knast“ Hohenschönhausen nicht wieder mit Gefangenen belegen und auf diese Haftanstalt „mit großer Wahrscheinlichkeit“ verzichten werde. Kurz darauf wird noch vorhandenes Mobiliar aus den „U-Boot“-Zellen abtransportiert und in der Vollzugsanstalt Tegel eingelagert.

2. Oktober 1991

Der Berliner Senat beschließt, das ehemalige zentrale Untersuchungsgefängnis des MfS nicht mehr als Vollzugsanstalt zu nutzen und befürwortet die Einrichtung einer Gedenkstätte. Die inhaltliche Zuständigkeit in dieser Frage wird der Senatsverwaltung für kulturelle Angelegenheiten übertragen. In den Folgemonaten betreibt diese insbesondere

mit Hilfe von ehemaligen Häftlingen Recherchen zur Geschichte der Haft in Berlin-Hohenschönhausen und prüft die Voraussetzungen für die Etablierung eines Erinnerungsortes.

1992

Die Häftlingsbibliothek des ehemaligen Untersuchungsgefängnisses wird an die Hilfsorganisation für die Opfer politischer Gewalt in Europa HELP e. V. übergeben.

Frühjahr 1992

Die Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten regt an, das Terrain des ehemaligen Gefängnisses insbesondere wegen der „Dunkelzellenanlage“ im Keller des Verwaltungsgebäudes unter Denkmalschutz zu stellen.

2. März 1992

Das Grundstück Genslerstraße 66 wird von der Senatsverwaltung für Justiz vorübergehend in die Verwaltung des Bezirksamtes Hohenschönhausen übergeben.

9. Mai 1992

Das Bezirksamt Hohenschönhausen organisiert die erste öffentliche Besichtigung des ehemaligen Gefängnisses. Es kommen etwa 2 500 Interessierte, unter ihnen viele ehemalige Häftlinge.

Mai 1992

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz legt ein erstes denkmalpflegerisches Gutachten vor. Darin wird der Denkmalcharakter der Gefängnisanlage in Berlin-Hohenschönhausen und speziell der Seltenheitswert des „U-Boots“ mit „Dunkelzellenbereich“ festgestellt.

15. August 1992

Aufführung des Stücks „Tote ohne Begräbnis“ von Jean Paul Sartre durch das Parnass Theater in der Freiganganlage des ehemaligen Gefängnisses. Bis zum 13. September 1992 finden wöchentlich zwei weitere Aufführungen statt. Auf dem Korridor zum Freiganghof präsentiert das Heimatmuseum Hohenschönhausen eine erste kleine Dokumentation zur Geschichte der Haftanstalt.

12. Oktober 1992

Nach Prüfung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz erfolgt die Aufnahme des Gefängnis Komplexes in der Genslerstraße 64–68 in Hohenschönhausen als bauliche Anlage in das Berliner Denkmalsbuch.

4. Februar 1993

Antrag der Fraktion der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus zur Ausgestaltung des ehemaligen Gefängnisses „als Museum und Gedenkstätte für die Opfer des Widerstandes gegen kommunistische Terrorherrschaft“. Unter anderem sollten Denkmäler und Wahrzeichen des Sozialismus wissenschaftlich aufgearbeitet werden. In der Sitzung am 25. Februar wird der Antrag behandelt und an den Kulturausschuss sowie den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten zur Beratung überwiesen.

11. März 1993

In einer Beschlussempfehlung regt die Bezirksverordnetenversammlung Hohenschönhausen an, im ehemaligen Gefängnis eine symbol- und ideengeschichtliche Ausstellung „Zwischen Utopie und Terror, SBZ/DDR 1945–1989“, zu zeigen.

14. April 1993

Auf ihrer 10. Sitzung beauftragt die Bezirksverordnetenversammlung Hohenschönhausen das Bezirksamt, eine Konzeption zur Nutzung der ehemaligen Untersuchungsanstalt zu erarbeiten und diese dem Berliner Senat zu unterbreiten.

16. August 1993

Der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen beantragt beim Bundeskanzleramt die Aufnahme des ehemaligen Gefängnisses in das neu etablierte Gedenkstättenprogramm der Bundesrepublik Deutschland.

Mai–Juni 1993

Auf Initiative des Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge bei der SPD unter Leitung des ehemaligen Häftlings Hans-Joachim Hellwig-Wilson werden im Zusammenspiel von drei Senatsverwaltungen Teile des ehemaligen Gefängnisses für eine reguläre Besichtigung hergerichtet. Im „U-Boot“ erfolgt die Nachgestaltung von drei Folterzellen auf Grundlage eines unüberprüften Zeitzeugenberichts.

17. Juni 1993

Anlässlich des 40. Jahrestags des Volksaufstandes in der DDR wird das Gefängnisgelände für Besichtigungen geöffnet.

Juni 1993

Der Kurt-Schumacher-Kreis e. V. unterbreitet der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten und dem Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Berlin ein eigenes Konzept für die Gestaltung der zukünftigen Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Angedacht war auch eine gesonderte Gedenkanlage aus einem künstlerisch stilisierten Gräberfeld.

18. Januar 1994

Im Zusammenhang mit dem vom Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen an die Bundesregierung gestellten Förderantrag fasst der Senat einen Beschluss über die Erstellung eines vom Bundesministerium des Inneren eingeforderten gedenkstättenspezifischen Gutachtens.

31. Januar 1994

Berufung einer Fachkommission bestehend aus drei Wissenschaftlern (Dr. Siegfried Suckut, Prof. Dr. Manfred Wilke, Dr. Stefan Wolle) durch die Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten zur Erarbeitung eines Gutachtens für den Aufbau einer Gedenkstätte.

7. März 1994

Bei einer Anhörung des Innenausschusses des Bundestages zur Gestaltung und Finanzierung von Gedenkstätten in Deutschland fordert der Abgeordnete der SPD Siegfried Vergin aus Mannheim, dass auch eine zukünftige Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen zu den förderungswürdigen Einrichtungen gehören soll.

18. April 1994

Die Fachkommission für die Errichtung einer Gedenkstätte führt gemeinsam mit einer Reihe von Opferverbänden eine öffentliche Anhörung durch. Zwei Tage später findet im Gefängnis Komplex in Berlin-Hohenschönhausen zusätzlich eine Ortsbegehung statt.

26. April 1994

Auf Initiative des Kurt-Schumacher-Kreises e. V. unterbreitet eine „Konferenz der Verbände ehemaliger politischer Häftlinge“ der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten ein eigenständiges untereinander abgestimmtes Gedenkstättenkonzept.

31. Mai 1994

In ihrem Abschlußbericht empfiehlt die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ die ehemalige Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen wegen ihrer herausragenden Bedeutung als „Stätte des Gedenkens an die Opfer politischer Verfolgung von 1945 bis 1989“ zu nutzen.

24. Mai 1994

Per Zuordnungsbescheid der Senatsverwaltung für Finanzen wird die ehemalige Haftanstalt in das Finanzvermögen des Stadtbezirks Hohenschönhausen übergeben. Eine als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) organisierte Gruppe „Kontakte-Umwelt“ beginnt mit Aufräumungsarbeiten.

1. Juni 1994

Einrichtung eines Organisationsbüros durch die Arbeitsförderung, Bildung, Strukturentwicklung (ABS) Brücke GmbH, um das Gelände für Besichtigungen zugänglich zu machen. Gefördert wird das ABM-Projekt von der Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen, dem Arbeitsamt VIII und der Servicegesellschaft „zukunft im zentrum“ GmbH. Mitarbeiter der ABS Brücke waren unter anderem Dr. Andreas Noack und Gernot Mittag.

8. Juni 1994

Ein Kamerateam des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg zeichnet mit Jürgen Fuchs im ehemaligen Gefängnis ein Interview auf.

Juli 1994

Das Organisationsbüro beginnt unterstützt von ehemaligen Häftlingen, unter anderem Günter F. Töpfer, Hans-Joachim Helwig-Wilson, mit dem öffentlichen Führungsbetrieb im ehemaligen Gefängnis. Ab September 1994 finden dreimal wöchentlich zu festgelegten Terminen Besichtigungen statt.

24. August 1994

Der Bundesverteidigungsminister Volker Rühe besucht das ehemalige Gefängnis.

26. August 1994

Die vom Senator für Kulturelle Angelegenheiten Ulrich Roloff-Momin berufene Fachkommission für die Errichtung einer Gedenkstätte (Suckut, Wilke, Wolle) übergibt einen ersten Konzeptionsentwurf an den Auftraggeber. Nach Vorstellungen der drei Wissenschaftler sollen aus finanziellen Gründen nur Teile des Gefängnis Komplexes in eine zukünftige Gedenkstätte einbezogen werden.

11. September 1994

Die sich im Aufbau befindende Gedenkstätte beteiligt sich am bundesweiten Tag des offenen Denkmals. Unter den ehemaligen Häftlingen, die sich als Zeitzeugen melden, befindet sich Matthias Melster, der sich dann in der späteren Gedenkstätte über Jahre als Besucherreferent engagiert.

8. Oktober 1994

Der *Berliner Kurier* vermeldet das Ende der Dreharbeiten für die vierzehnteilige ZDF-Fernsehserie „Zwei alte Hasen“ mit Harald Juhnke und Heinz Schubert im ehemaligen Untersuchungsgefängnis.

31. Oktober 1994

Seit der Aufnahme des Führungsbetriebs haben 1 994 Personen die ehemalige Gefängnisanlage besucht.

Dezember 1994

Das als Aufbaustab agierende Organisationsbüro der ABS Brücke legt unter dem Titel „Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR im Zeitraum 1945 bis 1989“ einen Entwurf für einen Wegweiser durch das ehemalige Gefängnis vor.

1995

Die Bundesregierung stellt für das Haushaltsjahr 1995 für die geplante Gedenkstätte eine Anschubfinanzierung von 108 000 DM zur Verfügung.

18. Januar 1995

Auf Einladung der Antistalinistischen Aktion Berlin-Normannenstraße (ASTAK) e. V. diskutieren die Opferverbände Gestaltungsvorschläge für eine zukünftige Gedenkstätte. Vertreter des Senats werden zu diesem Treffen nicht geladen.

Am gleichen Tag beendet die „Suckut-Wilke-Wolle-Fachkommission“ ihren vorläufigen Abschlußbericht. Er wird am 23. Januar an die beauftragende Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten übergeben. Nach diesem Papier sollen lediglich das ehemalige „U-Boot“, zwei Gummizellen und die im Originalzustand wiederhergestellte „Freistundenanlage“ des Neubaus, die Wachtürme, das Eingangstor, die Außenmauern sowie ein rekonstruierter Laufweg für Wachhunde und ein nachempfundenes Vernehmungszimmer im Verwaltungsgebäude zur zukünftigen Gedenkstätte gehören. Zudem ist ein Besucher- und Dokumentationszentrum mit einer Dauerausstellung und ein künstlerisch gestalteter Mahn- und Gedenkort vorgesehen.

Frühjahr 1995

Die in der „Berliner Konferenz“ organisierten Opferverbände richten ein Protestschreiben an den Berliner Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen. Darin unterstellen sie dem Kultursenator Ulrich Roloff-Momin, unter anderem den Ausbau des ehemaligen Gefängnisses in Berlin-Hohenschönhausen zu einer Gedenkstätte zu verhindern.

9. April 1995

An einer katholischen Gedenkfeier zum Palmsonntag beteiligen sich auf dem Gelände der ehemaligen Haftanstalt 160 Bürger aus dem Stadtbezirk Hohenschönhausen. Als Zeitzeugin war die ehemalige Gefangene Sigrid Paul geladen.

Mai 1995

Das Organisationsbüro ABS Brücke schließt die Bestandsaufnahme der Räume und Einrichtungen des ehemaligen Haftkrankenhauses ab.

17. Mai 1995

Die von der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten berufene Fachkommission stellt in einer öffentlichen Anhörung ihre Vorstellungen zur Errichtung einer Gedenkstätte vor. In der Debatte mit Vertretern der Opferverbände wird vor allem diskutiert, ob in Berlin-Hohenschönhausen eine kleine regionale Einrichtung oder auf dem

gesamten Gefängnisgelände ein zentraler Erinnerungsort von nationaler Bedeutung entstehen soll.

21. Juni 1995

Im Auftrag des WDR und des MDR werden für den zweiteiligen Fernsehfilm „Nikolai-kirche“ nach einer Romanvorlage von Erich Loest (Regie: Frank Beyer) im Gefängnis-komplex Dreharbeiten durchgeführt.

22. Juni 1995

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, die Errichtung einer Gedenkstätte auf dem Gelände der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS zügig abzuschließen.

28. Juni 1995

Das Organisationsbüro der ABS Brücke übergibt auf Grundlage des „Stasiunterlagen-gesetzes“ auf dem Gelände des ehemaligen Gefängnisses aufgefundenes Schriftgut und Restbestände der Häftlingsbibliothek an das Archiv des Bundesbeauftragten für die Un-terlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU).

28. September 1995

Rückwirkend zum 1. September 1995 erfolgt die Übergabe des Geländes der zukünftigen Gedenkstätte aus der Verwaltungshoheit des Bezirksamtes Hohenschönhausen in das Verwaltungsvermögen der Senatsverwaltung für Kulturelle Angelegenheiten.

30. Mai 1995

Das Heimatmuseum Berlin-Hohenschönhausen präsentiert die auf Grundlage von Zeit-zeugenberichten und Quellen aus dem Staatsarchiv in Moskau (GARF) erarbeitete Bro-schüre *Das sowjetische Speziallager Nr. 3 Berlin-Hohenschönhausen (Mai 1945 bis Ok-tober 1946)*.

1. September 1995

Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, besichtigt das ehe-malige Untersuchungsgefängnis.

5. Oktober 1995

Im Rahmen des Berliner Gedenktafelprogramms der Historischen Kommission zu Ber-lin wird am Eingang des ehemaligen Gefängnisses eine Gedenktafel angebracht. An der Enthüllung nehmen der Senator für Kulturelle Angelegenheiten, Ulrich Roloff-Momin, und die Bezirksbürgermeisterin von Hohenschönhausen, Brunhilde Dathe, teil. Keinem der Beteiligten fällt auf, dass der Erläuterungstext die Übergabe des Gefängnisses durch den sowjetischen Geheimdienst MGB an das MfS irrtümlicherweise auf das Jahr 1950 datiert.

24. Oktober 1995

Umbettung und feierliche Beisetzung der Überreste von 127 Toten des sowjetischen Speziallagers Nr. 3 auf dem städtischen Friedhof in der Hohenschönhausener Gärtner-straße. An der ökumenischen Trauerfeier nehmen der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, und die Bezirksbürgermeisterin von Hohenschönhausen, Brunhilde Dathe, teil.

1. Dezember 1995

Gründung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (Stiftung in Gründung) als ge-meinsame Einrichtung des Bundes und des Landes Berlin. Zur wissenschaftlichen Lei-terin wird die aus Westdeutschland stammende Historikerin und Mitarbeiterin am Mu-

seum Berlin-Karlshorst Dr. Gabriele Camphausen ernannt. Gleichzeitig beruft die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur (Senatskulturverwaltung) einen Arbeitsausschuss zur Erarbeitung einer detaillierten Rahmenkonzeption für die Gestaltung und Nutzung der Gedenkstätte. Er besteht aus Camphausen, Gerhard Finn, Martin Gutzeit, Petra Morawe, Dr. Günther Morsch, Dr. Siegfried Suckut, Günther F. Töpfer, Prof. Dr. Hermann Weber, Prof. Dr. Manfred Wilke und Dr. Stefan Wolle. Finn, ehemaliger Gefangener des sowjetischen Speziallagers Buchenwald und Vorsitzender der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), wird zum Vorsitzenden des Gremiums gewählt. Die Ernennung von Camphausen zur Leiterin und die Zusammensetzung des Arbeitsausschusses vorwiegend aus Wissenschaftlern stoßen bei den Opferverbänden auf massive Kritik.

6. Dezember 1995

Gabriele Camphausen wird von der Senatskulturverwaltung in ihr Amt als wissenschaftliche Leiterin der Gedenkstätte eingeführt. Winfried Sühlo, Staatssekretär für Kultur, vermeldet bei diesem Anlass, dass 1997 nach dem Vorbild der Gedenkstätte „Topographie des Terrors“ für den Erinnerungsort Hohenschönhausen eine selbständige Stiftung gebildet werden soll.

Februar 1996

Eröffnung des Zeitzeugenbüros der Gedenkstätte. Die Leitung übernimmt im März die ehemalige politisch Inhaftierte Mechthild Günther.

26. März 1996

G. Camphausen regt in einem Brief an die Senatsverwaltung für Justiz die Anbringung von Gedenktafeln an den ehemaligen Untersuchungshaftanstalten des MfS in der Magdalenenstraße und in der Kissingenstraße in den Stadtbezirken Lichtenberg und Pankow an.

März/April 1996

Der Kurt-Schumacher-Kreis schlägt vor, den von der Aktion „Hilferuf von drüben“, der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V. und vom Opfer-, Förder- und Dokumentationsverein Bautzen II vor der Vernichtung geretteten letzten Gefangenentransportwaggon der DDR („Grotewohl-Expreß“) auf dem Gelände des ehemaligen Stasi-Gefängnisses der Öffentlichkeit zu präsentieren.

29. April 1996

Das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen Hellersdorf-Hohenschönhausen-Marzahn lehnt endgültig die Rückübertragungsansprüche der Nachfahren von Richard Heike für das Gelände der ehemaligen Haftanstalt ab. Nach Einschätzung der Behörde war der Verkauf des Grundstückes von Oktober 1938 an die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt rechtmäßig.

8. Mai 1996

Der Leiter des Organisationsbüros der ABS Brücke Dr. Andreas Noack übergibt vier Säcke mit zum Teil zerrissenen Dokumenten aus dem Haftkrankenhaus und eine Kladde mit der Bezeichnung „SV 18 Haftentlassungen“ an das Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

Mai/Juni 1996

Auf mehreren Gesprächsrunden des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen kommt es zwischen dem Arbeitsausschuss der Gedenkstätte und den Vertretern der Opferverbände zu hitzigen Diskussionen über die Inschrift für einen Gedenkstein

Davor hatte Günter Töpfer, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses für die CDU und selbst ehemaliger Untersuchungsgefangener in Berlin-Hohenschönhausen, die kostenlose Bereitstellung und Überführung eines Findlings aus Polen nach Berlin ermöglicht. Da keine Einigung erzielt werden kann, muss die am 17. Juni geplante Einweihung auf dem ehemaligen Gefängnisgelände in Berlin-Hohenschönhausen verschoben werden

19. Juni 1996

Der Verein „Biographische Forschungen und Sozialgeschichte e. V.“ stellt im Heimatmuseum Berlin-Hohenschönhausen das erste Heft der Schriftenreihe „Genslerstraße 66“ mit Forschungsergebnissen über das Speziallager Nr. 3 vor.

4. September 1996

Der hauptsächlich aus Wissenschaftlern bestehende Arbeitsausschuss stellt den Entwurf einer Rahmenkonzeption für die Gedenkstätte in einer öffentlichen Veranstaltung zur Diskussion. Ein künftiger Rundweg berücksichtigt das ehemalige „U-Boot“, die erste Etage des neuen Zellentrakts mit Garagenschleuse und Gummizellen, die sogenannte Freistundenanlage und das erste Stockwerk des Vernehmergebäudes. Das Konzeptionspapier wird von Vertretern der „Verbandsszene“ – Kurt-Schumacher-Kreis, Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge in der SPD und anderen – ablehnend diskutiert. Dem Vertreter des Bundes Stalinistischer Verfolgter Harald Strunz fehlt zum Beispiel ein „deutlicher Antikommunismus“.

25. Oktober 1996

Die Gedenkstätte lädt mit den Referenten Dr. Gabriele Camphausen, Prof. Dr. Stefan Karner, Dr. Heiner Wember und Dr. Rainer Möhler anlässlich des 50. Jahrestages der Auflösung des sowjetischen Speziallagers Nr. 3 im Jahre 1946 zu einer wissenschaftlichen Vortragsveranstaltung.

17. November 1996

Auf dem Gelände der Gedenkstätte wird fünf Monate nach der ursprünglichen Planung ein Gedenkstein eingeweiht. Er trägt die Aufschrift „Den Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft (1945–1989)“. Da auch an die in der Sowjetunion hingerichteten und verstorbenen Gefangenen erinnert werden soll, verzichtet man auf die Worte „in Deutschland“. An der Veranstaltung nehmen der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Professor Dr. Herwig E. Haase, und der Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Peter Radunski, teil.

28./29. November 1996

Die Gedenkstätte veranstaltet gemeinsam mit der Forschungs- und Gedenkstätte Normannenstraße und der Arbeitsgemeinschaft 13. August ein Seminar zum Thema „SBZ/DDR als Ausstellungsobjekt“. Vortragsbeiträge werden von Wolfgang Templin, Dr. Brigitte Oleschinski, Tobias Hollitzer, Andreas Ludwig, Gerd Wendt, Jörg Drieselmann, Dr. Günter Morsch und Michael Reinhold gehalten.

1997

Beginn der baulichen Instandhaltung des denkmalgeschützten Areals.

27. Februar 1997

Die Gedenkstätte ruft einen Gesprächskreis „Inhaftiert bei der Staatssicherheit“ ins Leben. Die Moderation der Zusammenkünfte übernimmt der Diplom-Psychologe und ehemalige Häftling im Lager X des MfS Hans-Eberhard Zahn. Seit September 1997 wird er von Matthias Melster, einem Vertreter der jüngeren Häftlingsgeneration, unterstützt.

16. April 1997

Dr. Gabriele Camphausen stellt das Konzept für die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen vor den Berliner Parlamentariern im Abgeordnetenhaus vor.

21. Juni 1997

Auf der Konferenz der PDS „Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen“ befürwortet der Sprecher der Historischen Kommission beim Vorstand der Partei Prof. Dr. Jürgen Hofman prinzipiell den Betrieb der Gedenkstätte: „Die PDS kann und wird nichts einzuwenden haben gegen einen Ort der Erinnerung und des Nachdenkens, der all jene Gerechtigkeit widerfahren lässt, die in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR zu Unrecht bzw. völlig unangemessen politischer Verdächtigung und Verfolgung ausgesetzt waren.“

Herbst 1997

Über die „Gästeseite“ des Deutschen Historischen Museums ist die Gedenkstätte mit einer eigenen Homepage im Internet vertreten.

Oktober 1997

Neuausschreibung der befristeten Stelle des Leiters der Gedenkstätte zum 1. Januar 1998.

6. Oktober 1997

Die Gedenkstätte veranstaltet mit den Zeitzeugen Horst Jänichen und Joachim Kobel einen Studientag zum Thema „Vergessene Orte. Die sowjetischen Speziallager Hohenschönhausen (Nr. 3) und Ketschendorf (Nr. 5)“.

1. Januar 1998

Aufnahme der institutionellen und dauerhaften jeweils fünfzigprozentigen finanziellen Förderung der Gedenkstätte durch den Bund und das Land Berlin.

Am gleichen Tag scheidet Dr. Gabriele Camphausen offiziell als Leiterin der Einrichtung aus.

13. Januar 1998

Der Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin präsentiert auf einer Pressekonferenz erste fundierte Untersuchungsergebnisse über das sogenannte Lager X der Staatssicherheit in einem über hundertseitigen Arbeitspapier.

12. Februar 1998

Eine vom Bundesinnenministerium berufene unabhängige Findungskommission für die Auswahl des neuen Leiters der Gedenkstätte bestehend aus Prof. Dr. Reinhard Rürup, Prof. Dr. Christoph Kleßmann, Prof. Dr. Manfred Wilke und Martin Gutzeit, in der die Opferverbände kein direktes Mitspracherecht haben, plädiert für den Berliner Historiker Dr. Siegfried Heimann, Vorsitzender der Berliner Historischen Kommission der SPD.

18. Februar 1998

Mit Verweis auf die Missachtung der Opfervertreter nimmt das Mitglied der Findungskommission Manfred Wilke in einem Brief an Kultursenator Peter Radunski sein Votum für Heimann zurück.

März 1998

Nach anhaltender Kritik der Betroffenenverbände am Auswahlverfahren des zukünftigen Gedenkstättenchefs und teilweise auch an der Person Siegfried Heimanns wird Dr.

Gabriele Camphausen, seit Januar 1998 Direktorin der Stiftung „Topographie des Terrors“, von der Senatskulturverwaltung beauftragt, die Gedenkstätte „bis auf weiteres“ kommissarisch zu leiten. Faktisch wird die Einrichtung jedoch von der Verantwortlichen für das Zeitzeugenbüro, Mechthild Günther, geführt, der ab 1. April zusätzlich die geschäftsführende Leitung übertragen wird

10. Juni 1998

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ bestätigt die gesamtstaatliche Bedeutung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen und deren dauerhafte finanzielle Förderung durch den Bund. Sie empfiehlt in ihrem Abschlussbericht, im ehemaligen Gefängnis eine „umfassende [...] Gedenk- und Dokumentationsstätte zur Erinnerung an Opposition und Widerstand in der SBZ und DDR“ einzurichten.

September 1998

Vor allem aus finanziellen Gründen unterbreitet die CDU/SPD-Regierung Berlins wiederholt den Vorschlag, die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur anzugliedern.

24. Oktober 1998

Auf dem städtischen Friedhof in der Hohenschönhausener Gärtnerstraße wird für die Toten des sowjetischen Speziallagers Nr. 3 ein vom Hohenschönhausener Designer Manfred Höhne entworfener Denkort eingeweiht. Die Gestaltung der Anlage wird vom Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge bei der SPD abgelehnt – „eine Art jüdischer Friedhof“.

26. Oktober 1998

Vertreter der Senatskulturverwaltung, der Gedenkstätte, von Aufarbeitungsinitiativen und des Abgeordnetenhauses beraten über die aktuelle Situation am Erinnerungsort Berlin-Hohenschönhausen und die Durchführung dringender Baumaßnahmen.

Dezember 1998

Seit Anfang des Monats muss die Gedenkstätte mit sieben statt bisher mit 20 Mitarbeitern auskommen. Nach vier Jahren Laufzeit hat das zuständige Arbeitsamt die Projektfinanzierung der ABS Brücke nicht mehr verlängert. Zu den entlassenen ABM-Kräften gehört auch der ehemalige Häftling Gerhard „Charly“ Rau, der Besuchergruppen durch das ehemalige Gefängnis führte.

15. Februar 1999

In einem Brief an den Kultursenator Peter Radunski fordern die Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen BSV, HELP e. V., Forum zur Aufklärung und Erneuerung e. V. und ASTAK die Ablösung der kommissarischen Leiterin der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen Mechthild Günther. Ihr wird unter anderem unterstellt, den Besuchern ein beschönigendes Bild des ehemaligen Untersuchungsgefängnisses zu vermitteln und Erich Mielke zum Geburtstag gratuliert zu haben.

13. Juli 1999

Nachdem die Vorstellungen zur „Zentralisierung“ der Berliner Gedenkstättenlandschaft von der Senatsseite ad acta gelegt wurden, treffen sich Mitarbeiter der Gedenkstätte sowie Repräsentanten der Aufarbeitungs- und Verbändeszene mit Vertretern der Senatskulturverwaltung, um unter Leitung von Staatssekretär Lutz von Pufendorf das weitere Procedere hinsichtlich der zu gründenden selbständigen Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zu besprechen.



Die Leiterin der Gedenkstätte Mechthild Günther begrüßt am 7. September 1999 den 100.000 Besucher, eine Schülerin aus Berlin.

7. September 1999

Begrüßung des 100 000 Besuchers. Zu diesem Zeitpunkt sind in der Gedenkstätte 20 Honorarkräfte als Besucherreferenten tätig. Die meisten von ihnen sind ehemalige Stasi-Opfer.

26. September 1999

Premiere des im Auftrag von 3sat gedrehten Dokumentarfilms *11 und 12* in den Hackeschen Höfen in Berlin-Mitte. Der Streifen handelt von der ungewöhnlichen Liebesbeziehung zwischen der Untersuchungsgefangenen Regina Kaiser und dem MfS-Vernehmer Uwe Karlstedt, welches 1981 in Berlin-Hohenschönhausen beginnt. 1998/99 führt R. Kaiser Besuchergruppen durch die Gedenkstätte.

8. November 1999

Der mittlerweile um zwei Vertreter der Opferverbände erweiterte Arbeitsausschuss lehnt nach Gesprächen mit den drei aussichtsreichsten Bewerbern aus der Kandidatenrunde 1997/98 alle angetretenen Personen, so auch Siegfried Heimann, für den Posten eines Leiters der Gedenkstätte als ungeeignet ab. Die Opferverbände streben eine Neuausschreibung der Stelle an.

7. Dezember 1999

Beschluss Nr. 2611/99 des Berliner Senats über das Gesetz bezüglich der Einrichtung der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“.

15. Dezember 1999

Auf dem städtischen Friedhof in der Hohenschönhausener Gärtnerstraße werden die bei Baugrabungen aufgefundenen Knochenteile von 122 weiteren Insassen des sowjetischen Speziallagers Nr. 3 bestattet. Zur Teilnahme an der feierlichen Beisetzung haben gemeinsam der Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen (CDU) und die Stadtbezirksbürgermeisterin von Hohenschönhausen Dr. Bärbel Grygier (parteilos, für die PDS) eingeladen.

25./26. März 2000

In den Wochenendausgaben ausgewählter Tageszeitungen lässt die Senatskulturverwaltung die Stelle eines wissenschaftlichen Direktors der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen neu ausschreiben.

7. Juni 2000

Das Abgeordnetenhaus von Berlin verabschiedet das Gesetz über die Einrichtung der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“. Das Gesetz tritt am 1. Juli 2000 in Kraft.

15. September 2000

In der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur in der Brunnenstraße 188–190 konstituiert sich der Stiftungsrat der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Er beruft Dr. Hubertus Knabe, bis dahin Historiker beim BStU, zum Vorstand und zum Wissenschaftlichen Direktor der Stiftung.

1. Dezember 2000

Dr. Hubertus Knabe tritt sein Amt als Direktor der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen an.